

Helga Becker

# Kleinbottwar

Ein halbes Jahrhundert bei Steinheim

**Am 1. Dezember 2021 jährt sich die Eingliederung Kleinbottwars zur Stadt Steinheim an der Murr zum fünfzigsten Mal. Dass diese ‚Ehe‘ in sehr kurzer Zeit und größtenteils einvernehmlich zu Stande kam, ist ein schönes Beispiel für kommunale Zusammenarbeit.**

Der Landtag von Baden-Württemberg hatte 1968, im Jahr eines heftigen gesellschaftlichen Umbruchs, das Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft verabschiedet. Dies war der Anstoß zu einer groß angelegten Verwaltungsreform. Die Landesregierung von Baden-Württemberg legte dem Präsidenten des Landtages, Camill Wurz, am 30.09.1970 schließlich die Konzeption für eine Verwaltungsreform vor, die am 23.7.1971 beschlossen wurde. Dieses Konzept sah sowohl eine Kreisreform, als auch eine Gemeindereform vor. Zur Stärkung der Leistungsfähigkeit und Verwaltungskraft sollten größere Einheiten gebildet werden. Als Mindestgröße für eine zukunftsfähige Verwaltung wurde eine Gemeindegröße mit 8000 Einwohnern, im ländlichen, dünn besiedelten Raum mit 5000 Einwohnern angesehen. Fast ein Drittel der Gemeinden in Baden-Württemberg hatten 1969 jedoch weniger als 500 Einwohner.

Als Organisationsform kam vor allem für schwächer besiedelte Räume eine Verwaltungsgemeinschaft mehrerer Gemeinden in Frage. In stark verdichteten Räumen, bei starken baulichen Verflechtungen oder bei lockeren Siedlungsformen mit nur einem leistungsfähigen Mittelpunkt wurde der Zusammenschluss kleiner Gemeinden zu einer größeren Einheitsgemeinde vorgesehen. Diese freiwillige Fusion wurde gemäß § 34a des Finanzausgleichs auf die Dauer von neun Jahren finanziell gut honoriert, zumal sich der Pro-Kopf-Anteil für jeden Einwohner mit der Gemeindegröße erhöhte.



*Ansicht Kleinbottwar in den 30er Jahren*

In einer Aufklärungsschrift wurden die Kleinbottwarer Bürger über die Verwaltungsreform und das Prozedere einer Eingliederung informiert. In Bezug auf die möglichen finanziellen Zuwendungen heißt es darin: „Die Frage ist daher berechtigt, ob die Gemeindereform in der Zeit der Freiwilligkeit mit finanziellen Sonderzuweisungen durch Entscheidung der Gemeinde vorgenommen werden oder ob abgewartet werden soll, bis der Gesetzgeber bei einer Überprüfung, ob der Freiwilligkeitsgrundsatz Erfolg hatte, zum Ergebnis kommt, daß nun gesetzlicher Zwang geboten ist. Die Gemeinde Kleinbottwar hätte dann kaum eine Chance, selbständig bleiben zu können“. Ob im Falle einer erzwungenen Eingliederung finanzielle Zuwendungen geflossen wären, war also fraglich. Da andererseits der Investitionsspielraum für Kleinbottwar, ohne Hilfe von außen, künftig immer kleiner zu werden drohte, war man entschlossen zu handeln und nahm sowohl mit Steinheim, als auch mit Großbottwar Verbindung auf.

### **Was war dem vorausgegangen:**

Bereits im Jahr 1938 wurde im Kleinbottwarer Gemeinderat die Eingemeindung nach Steinheim erörtert. Man konnte sich noch nicht zu diesem Schritt entschließen, traf jedoch mit Steinheim eine Vereinbarung über die Aufstellung und Bezahlung eines gemeinsamen Bürgermeisters.

Fritz Bauer, der seit 1928 bereits Bürgermeister in Steinheim war, wurde 1938 zum gemeinsamen Bürgermeister gewählt und hatte das Amt bis 1945 inne.

Nachdem er von der amerikanischen Militärbehörde abgesetzt worden war, wurden die Ämter wieder getrennt und für beide Gemeinden eigene Bürgermeister gewählt. Doch offensichtlich hatte sich die Strategie des „Doppelbürgermeisters“ bewährt, denn von 1948 bis 1955 stand Bürgermeister August Scholl wieder beiden Gemeinden vor.

Auf Grund der schnellen Entwicklung Steinheims und der Erhebung zur Stadt im Jahr 1955, verlangte der Steinheimer Gemeinderat, dass Scholl sich nun ausschließlich um Steinheim kümmern sollte. Seine bisherige Sekretärin Gertrud Weiler bewarb sich daraufhin gegen einen männlichen Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Kleinbottwar und wurde 1955 mit 67 % der Stimmen gewählt. Bei ihrer Wiederwahl 1963 erhielt sie sogar 96 % der Stimmen. Während ihrer Amtszeit bis 1971 prosperierte der kleine Ort. Die Einwohnerzahl erhöhte sich um ein Drittel von 890 auf 1275 Personen.

Ende der 1960er Jahre war der Landes- und Gebietsentwicklungsplan für den mittleren Neckarraum davon ausgegangen, dass ein Verflechtungsraum von Steinheim mit den Nachbargemeinden Höpfigheim, Kleinbottwar und Murr aufzubauen ist. Abweichend davon sah der Regionalentwurf der Regionalen Planungsgemeinschaft Württemberg (RPW) einen Verflechtungsbereich mit einem Kernbereich von Marbach mit Erdmannhausen, Steinheim und Murr vor. Als Ergänzungsbereich wurden Benningen und Affalterbach vorgesehen, als Teilbereich Kleinbottwar, Großbottwar, Höpfigheim, Winzerhausen, Hof und Lembach und Oberstenfeld.



Kleinbottwarer Rathaus in den 70er Jahren

Dieser Idealvorstellung stellte der Steinheimer Bürgermeister Alfred Ulrich jedoch die Tatsache gegenüber, dass zur damaligen Zeit keine Gemeinde auf ihre kommunale Selbständigkeit verzichten wollte.

Er schlug Arbeitsgemeinschaften bzw. Nachbarschaftsausschüsse vor, von denen die zwischengemeindliche Zusammenarbeit übernommen werden sollte. Der Steinheimer Gemeinderat war mit der Verwaltung der Ansicht, dass die beiden Verflechtungsbereiche Marbach und Steinheim, mit Marbach als Mittelzentrum und Steinheim als Mittelpunktsgemeinde, auch in den Regionalplan zu übernehmen sind. Man wies darauf hin, dass der Verflechtungsbereich Steinheim-Höpfigheim-Kleinbottwar-Murr bereits 1970 mehr als 10 000 Einwohner umfassen und damit eine Größe darstellen würde, die verwaltungsmäßig eine auch für die Zukunft erstrebenswerte Verwaltungskraft besitzt. Eine Verschmelzung mit Marbach würde demgegenüber keine Vorteile bringen. Das angedachte „Doppelzentrum Marbach-Steinheim“ war damit vom Tisch.

Im März 1970 erklärte man sich im Steinheimer Gemeinderat bereit, mit den drei anderen Gemeinden hinsichtlich einer Aufgabenteilung oder gemeinsamen Erfüllung von Aufgaben, zum Beispiel hinsichtlich des Schulentwicklungs- oder Flächennutzungsplans, in Verhandlungen einzutreten. Mit Murr wurde bereits im April 1970 ein Nachbarschaftsausschuss gebildet. Während Murr und Höpfigheim aber weiterhin um ihre Selbständigkeit und gegen eine Eingliederung nach Steinheim kämpften, signalisierte Kleinbottwar seine Bereitschaft zu Verhandlungen.

Bei einer öffentlichen Sitzung des Kleinbottwarer Gemeinderats, bei dem der zuständige Vertreter des Gemeindetages das Thema Eingliederung mit einem Referat vorstellte, konnten sich die Bürger mit Fragen und Anregungen an der Diskussion beteiligen. Der Gemeinderat beauftragte daraufhin im April 1971 die Verwaltung, mit den Städten Steinheim und Großbottwar Kontakt aufzunehmen.

Mit Schreiben vom 12. Mai 1971 schlug das Bürgermeisteramt Steinheim vor, die Gemeinde Kleinbottwar zum 1. Januar 1972 einzugliedern und dafür die erheblichen finanziellen Sonderleistungen des Landes mit ca. 2,8 Millionen DM (abzögl. der Umlagen 0,9 Mio. DM) für Investitionsaufgaben ausschließlich in der Gemeinde Kleinbottwar in Anspruch zu nehmen. Auch Großbottwar erklärte sich dazu bereit, jedoch wären hier die finanziellen Zuwendungen erheblich geringer ausgefallen.

In mehreren Sitzungen des Kleinbottwarer Gemeinderats kam man daher zu dem Entschluss, die Eingliederung nach Steinheim voranzutreiben. Bereits im August 1971 hatte die Verwaltung in Steinheim dann einen Entwurf über die Eingliederung Kleinbottwars ausgearbeitet. Nach der Sommerpause beriet sich der Kleinbottwarer Gemeinderat darüber.

In einem **nur drei Monate** dauernden Prozess wurde die Eingliederung schließlich vollzogen.

- 21.09.1971: gemeinsame Besprechung mit Vertretern der Stadt Steinheim und dem Gemeinderat Kleinbottwar, gemeinsame Beratung über den Entwurf
- 30.09.1971: weitere gemeinsame Besprechung über Änderungswünsche von Kleinbottwarer Seite. Anschließend wird eine Informationsbroschüre mit dem Vertragsentwurf an die Bevölkerung verteilt.
- 09.10.1971: Bürgerversammlung zur Vorstellung des Vertragsentwurfs
- 15.10.1971: Besprechung des Vertragsentwurfs im Gemeinderat Kleinbottwar mit Aufnahme der Vorschläge aus der Bevölkerung
- 21.10.1971: Gemeinsame Sitzung der beiden Gemeinderatsgremien mit Einarbeitung von Änderungen
- 31.10.1971:** Bürgerversammlung mit Abstimmung

Bei einer Wahlbeteiligung von nur 56 % der 794 stimmberechtigten Kleinbottwarer stimmten 383 für die Eingliederung. Das entspricht 83,8 %. 15,2 % sprachen sich dagegen aus (68 Personen).

- 02.11.1971: Sitzung des Kleinbottwarer Gemeinderates zum Wahlergebnis
- 08.11.1971:** Gemeinsame Sitzung mit Unterzeichnung des Vertrags in der Paul-Aldinger-Schule in Kleinbottwar
- 09.11.1971: Antrag auf Eingliederung wird an das Landratsamt Ludwigsburg weitergeleitet
- 16.11.1971: Genehmigung durch das Regierungspräsidium Nordwürttemberg
- 01.12.1971:** Inkrafttreten des Vertrags.



Vertragsunterzeichnung

Die Einwohnerzahl Steinheims erhöhte sich dadurch von 4.950 auf 6.226 Personen, die Markungsfläche von 1.189 ha auf 1.674 ha. Die Stadt Steinheim rückte damit unter 49 Städten und Gemeinden im Landkreis Ludwigsburg auf Platz 12 vor.

02.12.1971: Die neuen „Steinheimer aus dem Stadtteil Kleinbottwar“ werden im Steinheimer Nachrichtenblatt begrüßt

03.12.1971: Gertrud Weiler verabschiedet sich im Kleinbottwarer Nachrichtenblatt als Bürgermeisterin

Am 15.3.1972 wurde für **Kleinbottwar** das Rathaus in Steinheim als **neuer Ortsmittelpunkt** bestimmt [gemäß §§ 2, 107 Güterverkehrsgesetz in Verbindung mit § 1 der Verordnung der Landesregierung vom 22.7.1970 (Gesetzblatt S. 427)]

Am 6. Mai 1972 wurde die Eingliederung mit einer festlichen Veranstaltung begangen, bei der Gertrud Weiler in der Öffentlichkeit als Bürgermeisterin verabschiedet wurde, nachdem sie bereits im Januar in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war.

Landrat Dr. Hartmann bemerkte bei der Eingliederungsfeier in seiner Rede, dass im Kreis Ludwigsburg keine durch Fusionsprämien ausgelösten, unsinnigen Zusammenschlüsse zustande gekommen seien. Vielmehr war der Zusammenschluss Steinheim-Kleinbottwar eine Vernunfttatsache, die sich an sachlichen Gesichtspunkten ausrichtete. Er lobte die konstruktive Vorarbeit, die Gertrud Weiler und der Kleinbottwarer Gemeinderat geleistet hatten und hob Maßnahmen hervor, die während der Amtszeit Weilers bereits durchgeführt worden waren: Die Erschließung von Baugebieten, die Verdichtung des Wehrbachs, Kanalisation und Straßenbau, der Beitritt zum Gruppenklärwerk Haldenmühle, der Bau von Wasserleitungen und des Hochbehälters, die Friedhofserweiterung mit Errichtung einer Leichenhalle, zwei Weinbergumlegungen und den Bau eines Kindergartens.

Wie Bürgermeister Ulrich bereits bei der Vertragsunterzeichnung am 8.11.1971 bemerkt hatte, spreche für den Zusammenschluss mit Steinheim ein starkes Wachstum der Stadt, eine starke Industrie und überdurchschnittliche Einkaufsmöglichkeiten, Versorgungseinrichtungen im ärztlichen und pflegerischen Bereich und die großen Waldflächen vor den Toren Kleinbottwars, die von Steinheim bewirtschaftet werden und die für die Bevölkerung einen immer größer werdenden Freizeit- und Erholungswert darstellen.

Dass sich die Eingliederung für beide Seiten tatsächlich vorteilhaft entwickelt hat, zeigen die Worte des Kleinbottwarer Ortschaftsratsvorsitzenden Erwin Bauer bei einer Gemeinderatssitzung im Oktober 1972, ein knappes Jahr nach der Vertragsunterzeichnung: „Wir sind nicht



Rebflurbereinigte Weinberge

das fünfte Rad am Wagen geworden, wie manche Unkenrufe es vorher wissen wollten, sondern ein Bestandteil der Stadt schlechthin.“ Steinheim habe seine Zusagen voll erfüllt und bereits schon fast zwei Millionen Mark in den neuen Stadtteil investiert.

Auch 1976, fünf Jahre nach Vertragsunterzeichnung, hat Kleinbottwar den Anschluss an Steinheim nicht bereut. Ortschaftsratsrat Stahl, CDU, ursprünglich gegen die Eingliederung, war nun der Meinung: „Die Eingliederung war richtig. Die Eigenleistungen der Stadt Steinheim waren höher als die finanziellen Vorteile durch die Eingliederung.“

Zu § 10 der Eingliederungsvereinbarung in dem die Berücksichtigung gegenwärtiger



Im Kleinbottwarer Rathaus ist das Bauamt der Stadt Steinheim untergebracht

und zukünftiger Aufgaben zugesagt ist, hatten die Stadtpflege und die Verwaltungsstelle Kleinbottwar eine aufgeschlüsselte Vorlage erarbeitet. Aus ihr ging hervor, dass fünf Jahre nach der Eingliederung der überwiegende Teil der Verpflichtungen abgestrichen werden konnte.

Von 27 Projekten waren 22 bereits abgeschlossen (2 davon noch nicht abgerechnet). Noch in Arbeit waren die Rebflurbereinigungen Forstberg, Benning und Alte Berge, das Rückhaltebecken II und die Erschließung des Baugebiets südlich der Heinrich-Meißner-Straße.

Die zusätzlichen Finanzaufweisungen des Landes, die in die Stadtkasse flossen, betragen in 5 Jahren 1 960 000 DM. Nach der Absetzung der Kreisumlage und Finanzausgleichsumlage mit zusammen 733 120 DM blieben als echte Zuweisungen 1 226 880 DM. Diese reichten jedoch zur Deckung der städtischen Kostenanteile nicht aus, wie der Kleinbottwarer Ortsvorsteher Gerhard Ziegler feststellte. Die Lücke konnte jedoch aus Mitteln der Stadt und durch Kostenbeteiligung Dritter geschlossen werden.

Zehn Jahre nach der Eingliederung äußerte sich Ortsvorsteher Hermann Stahl ebenfalls sehr positiv über die Verbindung zwischen Steinheim und Kleinbottwar. Immerhin habe Bürgermeister Ulrich den Slogan „Kleinbottwar – Perle des Bottwartals“ geprägt. Mittlerweile konnten weitere Projekte umgesetzt werden. So der Neubau des Kindergartens, die Kanalisation für den Forsthof, den Anschluss an die Landeswasserversorgungsleitung, Landschaftspflege und Dorfverschönerungsmaßnahmen, die Kleinbottwar schließlich beim Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ dreimal zum schönsten Dorf im Kreis Ludwigsburg gemacht hatten. Zweimal hatte Kleinbottwar die Bronzemedaille erreicht.

Inzwischen waren 15 Millionen DM für Investitionsvorhaben aufgewendet worden. Aus dem Eingliederungsvertrag hatte eine Verpflichtung von 9,5 Mio. DM bestanden, die restlichen 5,5 Mio. DM hatte die Stadt zusätzlich aufgebracht. Das „Hochzeitsgeschenk“ des Landes von 1,7 Mio. DM inbegriffen. Als zukünftige Projekte nannte

Ortsvorsteher Stahl die Hochwassersicherung an der Bottwar, die Gestaltung des Dorfplatzes, den Bau einer neuen Mehrzweckhalle als Ersatz für die überalterte GSV-Halle. In wohnbaulicher Hinsicht wurde angeführt, dass laut rechtsverbindlichem Flächennutzungsplan das Baugebiet „Hinter dem Schloßgarten“ bis 1990 die letzte Wohngebietsausweisung darstellte. Weitere Erschließungsmaßnahmen, wie das Gewann „Scheibenacker“ könnten frühestens im Rahmen einer Fortschreibung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt werden. An die Ausweisung von Gewerbeflächen ist 1981, zehn Jahre nach der Eingliederung, nicht gedacht.

1996 war aus der Vernunftfehe bereits eine Liebesbeziehung geworden, so der damalige Steinheimer Bürgermeister, Joachim Scholz, bei seinem Festvortrag zum 25. Jubiläum des Eingliederungsvertrags in der Pfarscheuer in Kleinbottwar. Aus heutiger Sicht könne man sagen, dass Eingliederungsvereinbarungen wie beispielsweise der Erhalt der Grundschule, die Schülerbeförderung zur Hauptschule, der eigene Bestattungsbezirk, die Freiwillige Feuerwehr und die Belange der Landwirtschaft in vollem Umfange respektiert, geachtet und eingehalten würden.

Heute, zum 50. Jubiläum der Eingliederung, ist nicht nur die verwaltungstechnische, sondern auch die emotionale Verschmelzung weiter fortgeschritten, die mit dem Inkrafttreten des Eingliederungsvertrages am 1.12.1971 ihren Anfang genommen hat. Der Ortsteil Kleinbottwar hat seinen eigenen Charakter bewahrt, das Vereinsleben ist intakt und mit der Erschließung des neuen Baugebietes Scheibenäcker werden zahlreiche neue Bürger den Ortsteil Kleinbottwar beleben. Sie werden im dörflichen Umfeld leben und gleichzeitig die Infrastruktur der Stadt Steinheim genießen: Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Arbeitsplätze, Naherholungsgebiete, Kunst und Kultur.

## Dorfentwicklung

Neben der Burg Schaubeck werden in der Meißnerschen Chronik aus früherer Zeit auch einige wenige Privathäuser konkreten Besitzern zugeordnet. So stand 1557 das Adam Uhlmannsche Haus auf dem Schillingsberg, der sich an der Straße erstreckte, die vom Gewinn Kleinfeldle her von Großbottwar kam. Das Marquardsche Haus (rechts neben dem heutigen Rathaus) wurde 1619 von Jerg Metz, dem späteren Schultheißen oder von dessen Vater erbaut. Das heutige Pfarrhaus gehörte 1688 dem Amtmann Emanuel Georg, der es als Wohnhaus erbaut hatte.

Im Jahr 1700 wurden bei der ritterschaftlichen Steuerrenovation 48 Häuser und 12 Scheunen gezählt. Diese standen größtenteils im ‚Unterdorf‘, das sich um die Kirche und zu beiden Seiten des Wehrbachs erstreckte. Die Bebauung des ‚Oberdorfs‘ begann hauptsächlich in der letzten Gaisberg'schen und der ersten Kniestedt'schen Zeit um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Erst mit dem Bau der Eisenbahn 1894 wurde auch das Gebiet nördlich der Eisenbahnlinie besiedelt. Im Volksmund wird dieses Areal ‚Vorstadt‘ genannt.

## Kleinbottwar dehnt sich aus:

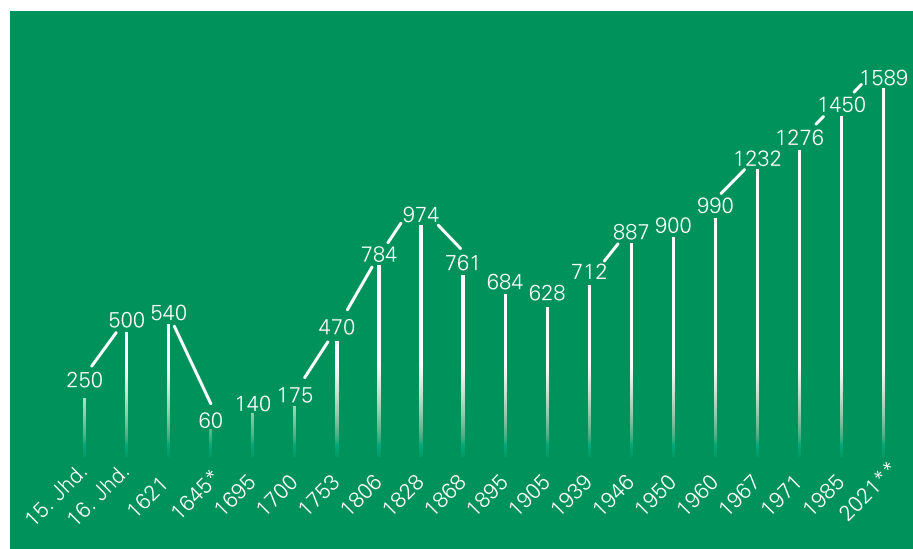
1700	48 Häuser	12 Scheunen
1753	56 Häuser	
1801	82 Häuser	
1810	123 Häuser	42 Scheunen
1864	29 Häuser	133 Nebengebäude
1910	143 Wohngebäude	
1915	196 Wohngebäude	77 Nebengebäude
1933	218 Hauptgebäude	92 Nebengebäude
1939-1945	Die Bautätigkeit kommt bis zur Währungsreform zum Erliegen	
1959-2020	Gebiete wie die Lehmgrubenäcker, die Rappenküche oder Hinter den Schlossgärten werden bebaut	
2021	Mit der Ausweisung des Wohngebiets „Scheibenäcker“ wird in den nächsten Jahren neuer Wohnraum für ca. 500 Personen geschaffen.	

Interessant ist auch die Entwicklung der Bewohnerzahl pro Wohnhaus/Haushalt:

1753-1763	Ø	8,4 Personen
1806-1810	Ø	6,4 Personen
1864	Ø	6,0 Personen
1895	Ø	5,4 Personen
1970	Ø	3,1 Personen
1985	Ø	2,5 Personen
2021	Ø	1,6 Personen

Die Einwohnerzahlen sind bis 1895 der Meißnerschen Chronik entnommen und beruhen bis 1753 auf Schätzungen. In jüngerer Zeit wurden die Zahlen zu steuerlichen oder statistischen Zwecken erhoben.

## Entwicklung der Einwohnerzahl in Kleinbottwar über 700 Jahre



\* kurz vor Ende des Dreißigjährigen Krieges

\*\* Stand 27.09.2021

## Kleinbottwar in aktuellen Zahlen

Gemarkung Kleinbottwar: ca. 465 Hektar  
Davon Weinbau: ca. 65 Hektar

Haushalte: 984  
Einwohner: 1.589

Altersstruktur:  
0 bis 24 Jahre 363 Personen  
25 bis 49 Jahre 421 Personen  
50 bis 74 Jahre 640 Personen  
75 bis 100 Jahre 165 Personen

Ausländeranteil: 10,57 % (168 Einwohner)

Vereine: 9

Schulen und Kindergärten:

### Kinderhaus Kleinbottwar

3 Gruppen mit 56 Kindern und 9 BetreuerInnen  
Stand 24.04.2021

### Schule an der Bottwar

4 Klassen mit 63 SchülerInnen und 9 Lehrkräften  
Stand 22.10.2021

### Paul-Aldinger-Schule

13 Klassen mit 126 SchülerInnen und 44 Lehrkräften zudem 5 gemischte Außenklassen, davon je 1 in Kleinbottwar (Schule an der Bottwar), Steinheim und Löchgau und 2 in Kirchheim. Aktuell sind 20 Schüler in der beruflichen Eingliederung an der Oskar-Walker-Schule in Ludwigsburg.  
Stand 22.10.2021

## Quellen:

Das Dorf Kleinbottwar, Pfarrer Heinrich Meißner, 1896  
Chronik Karl Westermayer  
Chronik Gerhard Ziegler  
Stadtarchiv Steinheim

Ordnungs- und Sozialamt Steinheim  
Bauamt Steinheim  
Dorfentwicklungsplan Kleinbottwar (1988)  
Bilder: Stadtarchiv Steinheim